

Berliner Volk-Zeitung

Der Niedergang des Bundes der Landwirte.

Trotz der großen Organisation und der demagogischen Leistung, trotz der großen Geldmittel, der Opferwilligkeit der Großgrundbesitzer (nolabene im ureigensten Interesse) und der dem Bunde der Landwirte zur Verfügung stehenden Presse, scheitert der Bund der Landwirte von Niederlage zu Niederlage. Gerade die letzten Ereignisse geben Anlaß, die Entwicklung des Bundes der Landwirte seit der letzten Reichstagswahl zu Anfang des Jahres 1912 nachzuprüfen. Nach der Auffstellung der Deutschen Tageszeitung vom 11. Januar 1912 waren in der Hauptwahl 219 Kandidaten, die dem Bunde der Landwirte nahestanden, unterlitten worden. Von diesen fielen 106 im ersten Wahlgang unterlegen, in der Stichwahl sind dann ferner 45 Kandidaten durchgefallen, so daß nach den Hauptwahlen die Zahl der dem Bunde der Landwirte nahestehenden Herren im Parlament 68 betrug. Unter denen, die unterlegen waren, befanden sich die Führer des Bundes der Landwirte Dr. Hoffe und Dr. Diederich Hahn, ferner Prof. Dr. Dade, Amtsgerichtsrat Graef, Rittst zu Dohna-Schlobitten, Rittergutbesitzer v. Edelhofen-Jamnichau, Geheimrat Oberregierungsrat, Freiherr v. Richter-Hohenhausen, Reichstagsabgeordneter, v. Jordan, Porzellanmaler Haab, Schwermetalleinverleibungsbesitzer, Kaufmann Windwald, Gutbesitzer v. Malchin-Malchin und andere mehr. Diese Niederlagen sind nun noch durch die Nachwahl in verwickelt worden. In Gagenow-Grevesmünde unterlag der einzige Landwirtsvereinskandidat, der Landwirt, ferner unterlagen die Amtsgerichtsrat, Kaufmann, Viehwärter und in Zandvoort unterlag gegen den Bauernführer Dr. Böhm, einer der Führer des Bundes der Landwirte Jordan v. Kröcher, endlich in Zandvoort Herr v. Derpen dem Sozialdemokraten.

Man sieht also, wohin das Schiff des Bundes der Landwirte steuert. Trotz der großen wirtschaftlichen Vorteile, die die gute Organisation des Bundes der Landwirte seinen Mitgliedern bietet, ist der Bund in unentgeltlich zugehenden Wertschöpfungen nicht mehr. Auch die Einnahmen aus den Kaffeeplantagen, aus den großen Warenhäusern, die der Bund der Landwirte unterhält, und auf diese Weise Kleinhandel und Mittelstand ausfindet, haben nichts zu erreichen vermocht. Der Zug der Zeit geht eben gegen diese Organisation, die nur durch die Spionageabwehr und die Wertschöpfungen durch ihren maßlosen Terror auf die abhängigen Wähler eingewirkt hat. Ihre Politik hat, wie die Statistik beweist, vernichtende Niederlagen erlitten. Die 64 bündnerischen Abgeordneten im Reichstage sind bei 397 im ganzen eine einflusslose Minorität. Seine kann man schon sagen, wer vom Bund der Landwirte unterlitten wird, fällt in der Regel durch. Wo aber der Stern einmal im Glücke ist, da ist es sehr schwer, ihn wieder zum Scheitern zu bringen.

Der Spionagefall Morozzo.

(Telegraphische Berichte.)

Rom, 24. Juli.

Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht folgende Note: Einige Tage später, besonders im Auslande, die Welt der Spionageabwehr verbreitet. Die Morozzo wurde wegen Spionageverdachts verhaftet, und man hat gegen ihn ein reguläres gerichtliches Untersuchungsverfahren eingeleitet, das allein genau den Wert der Klagen vor sich stellen können. Aber schon jetzt lassen sich schon feststellen, daß die Spionageabwehr oder Spionageabwehr eine andere und weit geringere Bedeutung haben als man allgemein annimmt. Morozzo war Zivilbeamter des Kriegsministeriums bis 1911, wo er mit dem Range eines Sekondleutnants, der auf der Stufeleiter der Beamtenlaufbahn in Italien ein sehr bescheidenes Amt, zurücktrat. Morozzo beschäftigte sich nur mit Verwaltungsgeschäften, konnte jedoch aus diesen Kreisen keine geheimen Dokumente beschaffen, noch von geheimen Reichsrenten Kenntnis haben. (Die italienische Regierung hat natürlich ein Interesse daran, den Fall so harmlos wie möglich hinzustellen. Nach privaten Informationen liegt er wesentlich schlimmer. Red.)

Der Großherzog von Oldenburg erkrankt. Aus Oldenburg wird uns ein Privattelegramm. Der Großherzog von Oldenburg ist plötzlich erkrankt. Er unterlag sich in Rastade wegen einer heftigen Gehirnerkrankung einer Operation, die glücklich verliefen ist. Sie wurde ausgeführt von Professor P. Heubner-Riel und Professor P. Jaffé, Leipzig.

Zur Angestelltenversicherung der Privatlehrer und Lehrerinnen. Man schreibt uns: In seiner letzten Sitzung hatte der Bundesrat in bezug auf die Angestelltenversicherung der Privatlehrer und Lehrerinnen eine Resolution angenommen, die Lehrer und Lehrerinnen den Angestelltenversicherungsgesetz bedingungslos unterwerfen und die Angestelltenversicherungsgesetz bedingungslos unterwerfen. Außerdem beschloß der Bundesrat, daß mit Wirkung vom 1. Januar dieses Jahres Lehrer und Lehrerinnen, die an nicht öffentlichen Schulen beschäftigt sind oder privaten Einzelunterrichten erteilen, von der Versicherungspflicht befreit sind, sofern und solange sie zwei bedingungslos unterwerfen. Diese Lehrer und Lehrerinnen sind im Angestelltenversicherungsgesetz bedingungslos unterwerfen und die Angestelltenversicherungsgesetz bedingungslos unterwerfen. Außerdem beschloß der Bundesrat, daß mit Wirkung vom 1. Januar dieses Jahres Lehrer und Lehrerinnen, die an nicht öffentlichen Schulen beschäftigt sind oder privaten Einzelunterrichten erteilen, von der Versicherungspflicht befreit sind, sofern und solange sie zwei bedingungslos unterwerfen. Diese Lehrer und Lehrerinnen sind im Angestelltenversicherungsgesetz bedingungslos unterwerfen und die Angestelltenversicherungsgesetz bedingungslos unterwerfen.

Die Wahlen dieser Bundesratsbedingungslos sind sehr schnell in die Entscheidung getreten. Aus allen Teilen Deutschlands sind bis nachher zum 25. Juli der Allgemeinen Deutschen Arbeitervereinskongress auf Verberung ein; bis jetzt sind bereits 6300 Lehrer und Lehrerinnen bei der Abteilung der Professorenanstalt für Angestellten-

Kurze Chronik.

Der König und die Königin von Spanien trafen heute vormittag aus San Sebastian in Paris ein, um abends nach London weiter zu reisen. Präsident Poincaré gab dem Königspaar zu Ehren ein Frühstück.

Durch eine Explosion auf dem Dominion-Explosivwerken in Bevel (Wooling Cleeve) wurden acht Personen getötet und gegen hundert verwundet.

Erste Unruhen werden aus Calcutta im Staate Michigan gemeldet, wo die Bergleute in den Kupferminen streiken. Der Gouverneur ist um Abwendung von Truppen gebeten worden.

versicherung versichert worden. Jeder Lehrer und jede Lehrerin hat jetzt die Möglichkeit, in den Pensionsanstalt einzutreten, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar dieses Jahres. Infolgedessen können auch solche Lehrer und Lehrerinnen, die inzwischen bereits an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Zahlungen geleistet haben, sich jetzt doch noch der Pensionsanstalt anschließen. Diese Veranlassung kann bei der Reichsversicherungsanstalt die Übertragung der inzwischen eingezahlten Beträge auf das Konto der Pensionsanstalt.

Der Streik der Werftarbeiter.

(Telegraphische Berichte.)

Bremen, 25. Juli.

Die Werftarbeiter an der Unterweser haben der „Werkzeugs“ zufolge, gestern abend gegen eine verhängende Winderklärung beschlossen, in den Streik zu treten. Die Streikarbeiter lebten jedoch eine Beteiligung am Streik ab. Die Zentrale gibt eine Unterlegung nur für die an der Unterweser streikenden Werftarbeiter.

Bremen, 24. Juli.

Zum Streik auf den Werften werden berichtet die „Werkzeugs“. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, die sich bisher vom Streik ausgeschlossen hatten, ließen ihren Streikpunkt fallen. Die nahezu 700 Holzarbeiter der Werftgemeinschaft Werfer haben heute früh ihre Kündigung eingereicht und werden morgen, Sonnabend abend, die Arbeit wieder befristet sein, werden diese wahrscheinlich schon heute abend in den Streikband treten.

Zur Lage in Bremerhaven-Gesellschaft meldet das selbe Blatt: 400 Verträge der Arbeiter sehen keine Kündigung vor, und deshalb werden diese bereits heute früh nach Ablieferung des Handwerkszeuges die Werften von Joh. S. Zellweger Abriegelung, G. Seebach Abriegelung, und Widmer's Reichsmühlen, Arbeiter und Schiffbau-Abriegelung verlassen. Die Arbeiter des technischen Betriebes des Norddeutschen Lloyd in Bremerhaven haben den Streik bislang abgelehnt, sie werden aber heute abend in einer neuen Veranlassung sich noch einmal mit der Sache befassen. Die Gesamtzahl der Streikenden in den Hafenorten beträgt annähernd 6000 Mann.

Die Kämpfe in Schanghai.

(Telegraphische Berichte.)

Schanghai, 25. Juli, 1 Uhr 55 Min. früh.

Während der letzten 24 Stunden sind mehrere Angriffe auf das Arsenal gemacht worden. Spät abends ergriffen die Regierungstruppen die Offensive und drängten die Rebellen aus Pantao, einer südlichen Vorstadt der chinesischen Stadt. Eine große Zahl der Rebellen ist getötet, Kommande Zhang hat der Handwerkskammer von Pantao mitgeteilt, daß er ihre Einrichtungen bombardieren werde, wenn die Rebellen sich nicht zurückziehen.

Die Auflösung der Schweizergarde.

(Telegraphische Berichte.)

Rom, 24. Juli.

„Giornale d'Italia“ schreibt: Von gestern bis heute vormittag haben bereits elf Schweizergarden den Baitan verlassen, zehn andere haben ihre Wehrer für heute abend angefnigt. Oberst Repond hat sich heute morgen zum Kardinalstaatssekretär Merry del Val begeben und ihm die Notwendigkeit auszuüberlegen, nach und nach auch alle anderen Unterzeichner der bekannten Eingabe zu verabschieden. Mit der bereits angefnigten Entlassung von Garben ist das Korps so zusammengefnigt, daß diejenigen Garben, die geblieben sind, eine ganz außerordentlich große Arbeit verrichten müssen. Es sind bereits 1000 Garben abgefnigt sein worden, d. h. das ganze Korps mit Ausnahme von zwei Garben, die nicht unterzeichnet hatten. „Giornale d'Italia“ fügt hinzu, Hauptmann Gialloni sei gestern nach Rom zurückgefnigt, sei aber nach kurzer Zeit wieder verabschiedet worden. Oberst Repond „Giornale d'Italia“ verabschiedet sich von Kardinalstaatssekretär Merry del Val um den Oberst Repond gerichteten Brief, demzufolge einige der Schweizergarden austraten, andere ausgewiesen werden und andere demissionieren. Das Blatt fügt hinzu, daß dies auch den Gerüchten in der Zeitung ein Ende machen werde, die zum großen Teil übertrieben seien, z. B. die Auszubildigen gegen den Garbmann Gialloni, dessen Entlassung lediglich aus diplomatischen Gründen erfolgt sei.

Der Grenzschutz des französischen Senats hat bei der Veranstaltung des „Vrijdag“ und „Lager“ die Zustimmung über die Unterlegung der Familienmitglieder angenommen, lediglich, um die Verabschiedung der Vorlage nicht zu verzögern. Doch

mit der Ausschuss von der Regierung verlangen, daß die Lage der Familienmitglieder im Gesetz möglichst genau festgelegt werde. Der Ausschuss wird seine Beratungen heute beginnen, doch wird die Debatte im Plenum am nächsten Donnerstag beginnen können. Falls, wie vorauszufragen, ein Gegenbeschluss auf Einführung einer dreimonatigen Dienstzeit abgelehnt wird, beabsichtigt der rabiate Senator Dubierre, die Einführung einer zweimonatigen dreimonatigen Dienstzeit zu beantragen.

Das russisch-österreichische Vorgehen.

(Telegraphische Berichte.)

Wien, 25. Juli.

In einem neuen freundschaftlichen Schritt bei den Kabinetten in Wien und Belgrad besteht Aufstand auf der Balkanhalbinsel, wegen des überaus kritischen Zustandes in Bulgarien, der den Status quo ernstlich bedroht. Waffentillhand zu schließen. Dem Schritt Russlands folgte gestern ein ähnlicher Schritt Österreich-Ungarns. „Gesta“ glaubt zu wissen, daß sowohl die griechische wie auch die türkische Regierung auf diese Schritte antworteten, es sei ihnen in Anbetracht der bulgarischen Feindschaft unmöglich, einen Waffentillhand vor der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien anzunehmen. Die Zeitungen melden, König Konstantin habe in seiner Erweiterung auf die Depesche des Königs von Rumänien die Gründe auseinandergesetzt, aus denen er in Übereinstimmung mit seiner Regierung den Waffentillhand zu widerrufen, der nur angenommen werden könnte, wenn die Bulgaren die Friedensbedingungen annehmen würden.

Ein russisches „Dementi“.

Petersburg, 25. Juli.

Die im Zusammenhang mit den Gerüchten von einer angeblichen russischen Mobilisierung sowie mit den Aussagen von dem Waffentillhand der Schmarzen-Flotte und der bevorstehenden Rückzug des Kriegsministers nach Russland in einem Teil der ausländischen Presse aufgetauchten alarmierenden Kombinationen entziehen, wie dem hiesigen Vertreter des A. R. Telegr.-Büros aus kompetenter Stelle mitgeteilt wird, jeder tatsächlichen Begründung.

Die Friedensdelegierten.

Belgrad, 25. Juli.

Der montenegrinische Ministerpräsident Woffitsch und der griechische Delegierte Pansis sind hier eingetroffen. Wie verlautet, werden sich sämtliche Delegierte spätestens am Sonntag nach Warschau begeben. Heute nach ist auch der rumänische General Ganda hier eingetroffen.

Präsident Wilsons Antitrustgesetzgebung.

(Telegraphische Berichte.)

Washington, 25. Juli.

Es wird bekannt, daß Präsident Wilson eine Antitrustgesetzgebung vorbereitet, die er im Dezember dem Kongress vorlegen beabsichtigt. Wie es heißt, plant er ein weiteres Statut, durch das die Monopole genau umschrieben werden, ohne daß es nötig wäre, das Shermangesetz zu amendieren.

Portland (Oregon), 24. Juli.

Der Generalanwalt hat auf Grund des Antitrustgesetzes ein Zivilverfahren zur Auflösung des „Zelephonmonopol“ eingeleitet, das angeblich die Amerikanische Zelephon- und Zelephonkompanie an der beschriebenen Stelle innehat.

San José (Costa Rica), 24. Juli.

Ein Telegramm aus Washington, daß Staatssekretär Bryan ein Protektorat der Vereinigten Staaten über die mittelamerikanischen Staaten plante, hat hier große Aufregung verursacht. Die Proteste häufen sich in der Presse sowohl in allen Kreisen des Publikums. Heute abend wurde eine allgemeine Protestversammlung mit Ungegründung.

Die zweite oafrikanische Ausstellung.

Der von der „Ständigen Ausstellungskommission für die Deutsche Industrie“ organisierte oafrikanische Arbeitsausstellung für die II. Allgemeine Deutsche oafrikanische Landesausstellung Darseslam 1914“ hatte sich gestern zu einer Sitzung vereinigt, an der außer Geheimrat Wulke, dem Vertreter des zurzeit auf Reisen befindlichen Präsidenten der Ständigen Ausstellungskommission, Geheimrat Goldberger, der Regierungskommissar Geheimrat Oberregierungsrat Haber, der Generaldirektor Sörgel, Wagnberg, und auch der aus Afrika zurückgekehrte Vorsitzende des National-oafrikanischen Komitees, Herr Supt, teilnahmen. Die Beratungen gingen in wesentlichen der oafrikanischen Festlegung der für waffentillhandliche Aussteller bestimmten Ausstellungsbedingungen. Auch wurde beschlossen, sich an weitere interessierte Kreise wegen der Befreiung der notwendigen Geldmittel zu wenden. Ferner wurde in Aussicht genommen, die Eröffnung der Mittelhandbahn, sowie das 25 jährige Jubiläum der Schutztruppe zu deren Feier die Ausstellung stattfinden, zur Organisation einer „Deutsche oafrikanische“ zu benutzen, in deren Rahmen auch die Einweihung der vom National-oafrikanischen Komitee projektierten Hochschulfabrik in Berlin-Wilmersdorf, Kiefern in das Zentrum der Kolonie zur Befreiung des oafrikanischen Gebietes der Mittelhand- und der Mandara-Bahn, eventuell Jagdausflüge mit der Nordbahn in das Kilmarschgebiet und nach Nairobi sowie Besuche von Jangbair usw. figurieren sollen. Die Geldmittelstelle des heimischen Arbeitsausstellungen, an die alle Anfragen zu richten sind, befindet sich: Berlin NW. 40, Moentstraße 1.

Eine Zentralfeste zur Entnahme von Radium und Mesothorium hat das Hamburger Forschungsinstitut für Krebs und Tuberkulose ins Leben gerufen. Hierdurch sollen den Kranken-